

Basler Zeitung

land

Die FDP zeigt einen eigenen Weg auf bei der Kinderbetreuung; Alternative zum Gesetz des Landrats soll vor der Abstimmung eingereicht werden

Von Christian Fink
406 Wörter
8 Februar 2012
Basler Zeitung
BASLRZ
25
Deutsch
(c) 2012 Basler Zeitung
Homepage Address:

Liestal. Die SVP Baselland hat der Abstimmungsvorlage zur familienergänzenden Betreuung im Vorschulbereich bereits den Kampf angesagt. Jetzt will die FDP Baselland mit einer Initiative «für eine unbürokratische, bezahlbare und bedarfsgerechte familienergänzende **Kinderbetreuung** im Frühbereich» die Landratsvorlage stoppen, die am 11. März an die Urne kommt. Die formulierte Initiative wurde am 2. Februar im Amtsblatt publiziert.

«Wir sind nicht gegen familienergänzende Familienbetreuung», sagte Christine Pezzetta an einer Medienorientierung. «Im Gegenteil», so sagte die FDP-Parteipräsidentin ad interim, «dies ist ein altes liberales Postulat.» Die FDP wehre sich mit ihrer Initiative aber gegen «ein einengendes Gesetz» und gegen übertriebene Bürokratie: «Wir wollen keine Vorschriften, die bis ins letzte Detail Raumgrösse, Umgebung und Ausbildung der Betreuungspersonen im Fall solcher Angebote von oben herab vorschreiben», sagte die Präsidentin. Das vorliegende Gesetz greife aber massiv in die Gemeindeautonomie ein. Dies sei der grundfalsche Ansatz. Denn es solle den Gemeinden auch in Zukunft offenstehen, für ihre Verhältnisse massgeschneiderte Lösungen zu finden. «Der Landrat hat es fertiggebracht, eine gute Sache schlecht umzusetzen», kritisierte Pezzetta.

Einheitliche Lösung unnötig

Ziel des Gesetzes ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Erwerbsquote der Frauen zu fördern, Alleinerziehende vor dem Gang zur Sozialhilfe zu bewahren und ausserdem einen volkswirtschaftlichen Mehrwert zu generieren. «Diese Stossrichtung unterstützen wir, unsere Opposition richtet sich nicht dagegen», sagte die Hölsteiner Landrätin Monica Gschwind. Es dürfe jedoch nicht sein, dass der Kanton den Gemeinden eine Aufgabe übertrage und ihnen dabei «rappengenau» vorschreibe, wie sie diese zu lösen haben.

Als Gemeinderätin erachtet sie es als unnötig, dass allen Gemeinden eine einheitliche Lösung aufgedrückt werde, so Gschwind. Die Bevölkerungsstrukturen in stadtnahen und in ländlichen Gegenden seien völlig unterschiedlich. Eventuelle steuerliche Entlastungen würden sich völlig unterschiedlich auswirken. Vor allem aus finanziellen Gründen würden der Verband der Basellandschaftlichen Gemeinden und die meisten Gemeinden dieses Gesetz vehement ablehnen, so Gschwind.

Die FDP beabsichtigt, die formulierte Gesetzesinitiative noch vor dem 11. März einzureichen. «Damit geben wir den Baselbieter Stimmbürgerinnen und -bürgern die Sicherheit, dass sie dank unserer formulierten Gesetzesinitiative über eine Alternative verfügen und innert nützlicher Frist über ein verbessertes und vor allem sinnvolles Rahmengesetz abstimmen können», erläuterte Landrat Siro Imber.

Er geht davon aus, dass der Regierungsrat die Initiative unterstützt. Danach werde es voraussichtlich im Herbst dieses Jahres oder im nächsten Winter zu einer weiteren Volksabstimmung kommen.

Dokument BASLRZ0020120208e8280001d